

Lebensrechtsbewegung KALEB kritisiert MDR-Beitrag (IDEA 18.10.2021)

Der Sender hatte kritisch über die Organisation berichtet

Chemnitz (IDEA) – Die christliche Lebensrechtsbewegung KALEB (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren) hat sich kritisch zu einer Sendung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) geäußert. Hintergrund ist ein 25-minütiger Beitrag in der **Reportage-Reihe „exactly“** unter dem Titel „Schwangere unter Druck – Wie ein Verein in Sachsen Abtreibungen verhindern will“. Das MDR-Format richtet sich vor allem an junge Menschen. Dem Bericht zufolge fühlen sich Frauen bei der Schwangerschaftsberatung von KALEB teilweise „unter Druck“ gesetzt und zur Fortsetzung der Schwangerschaft „gedrängt“. Eine MDR-Reporterin berichtet von einem Beratungsgespräch, bei dem sie sich nicht als Journalistin zu erkennen gab. In dem Gespräch habe die KALEB-Beraterin unter anderem „sehr drastisch“ die Methoden der Abtreibung geschildert. Aus Sicht der Professorin für Familienplanung an der Hochschule Merseburg, Ulrike Busch, hätte die Vorgehensweise beim Schwangerschaftsabbruch anders beschrieben werden müssen. Wie Busch in dem MDR-Beitrag sagt, hat die KALEB-Beraterin eine Argumentation verwendet, die man sonst eher „aus dem fundamentalistischen Abtreibungsgegner-Kontext“ kenne. Außerdem belege, so Busch, eine aktuelle Studie aus den USA, dass die meisten Frauen einen Schwangerschaftsabbruch „sehr gut“ in ihr Leben „integrieren“ würden. Kritisiert wird in dem MDR-Beitrag auch, dass KALEB auf der Internetseite des Sozialministeriums von Sachsen als „seriöse“ Schwangerschaftsberatungsstelle auftauche. Das Sozialministerium habe dem MDR unter anderem mitgeteilt: „Der Bundesgesetzgeber hat ausdrücklich auf die Pluralität der Angebote abgestellt, um die Religionen und Weltanschauungen angemessen zu berücksichtigen.“ Außerdem führe KALEB die Beratungen nach Erkenntnissen des Sozialministeriums „verantwortungsvoll“ durch.



KALEB-Geschäftsführer: „Haltlose Vorwürfe“

KALEB-Geschäftsführer Albrecht Weißbach (Chemnitz) kritisierte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA das Vorgehen des MDR. Der Sender habe „haltlose Vorwürfe“ mit journalistisch unsauberen und „für den vertraulich geschützten Beratungsraum“ auch mit „schädlichen Mitteln“ gestreut. Es sei bekannt, dass KALEB gar keine Beratungsscheine ausstelle, die Voraussetzung für einen Abtreibung sind. Hintergrund sei, dass man die Kindstötung nicht gutheißen könne und stattdessen Alternativen zur Abtreibung fördern wolle. Die verdeckte Recherche sei ein „Vertrauensbruch“. Gemeinsam mit seiner Ehefrau habe er deshalb den MDR aufgefordert, den Beitrag

zu entfernen. Die MDR-Redaktion habe ihm daraufhin jedoch mitgeteilt, dass die verdeckte Recherche ein legitimes Mittel investigativer journalistischer Arbeit sei, „um an Informationen zu gelangen, die sonst im Verborgenen bleiben würden“. Das „Recht auf Abtreibung“ sei ein „Menschenrecht“ und die „reproduktive Selbstbestimmung“ völkerrechtlich anerkannt. Eine solche Auffassung sei, so Weißbach, von der deutschen Gesetzgebung aber nicht gedeckt, da Abtreibung in Deutschland laut Paragraph 218 StGB rechtswidrig sei. Weißbach verwies ferner auf das KALEB-Grundsatzprogramm, in dem es heißt, dass menschliches Leben mit der Empfängnis beginne und von da an schutzwürdig und -bedürftig sei: „Wir lehnen daher Schwangerschaftsbrüche vom Grundsatz ab.“ Jedoch kombiniere die KALEB-Arbeit die Ablehnung von Abtreibungen mit der „bedingungslosen Annahme von Menschen sowohl vor als auch nach Abtreibungen“. Der Verein habe viele dankbare Rückmeldungen von Frauen und Familien bezüglich ihrer Schwangerschaftsberatung erhalten. Die KALEB-Beraterin habe nichts falsch gemacht, da sie „mit viel Wertschätzung in Einklang mit den gesetzlichen Regelungen und mit den veröffentlichten Werten des Vereins“ gearbeitet habe. KALEB bietet Schwangeren Beratung, praktische und finanzielle Hilfen sowie Begleitung an.

Die Arbeit finanziert sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse, unter anderem auch vom Sächsischen Sozialministerium. KALEB hat derzeit mehr als 2.000 Mitglieder und Freunde sowie gut 30 Hauptangestellte an insgesamt mehr als 35 Anlaufstellen. Der Verein ist Mitglied im Bundesverband Lebensrecht (BVL/Berlin).